



6

AUF LANGE SICHT SIND WIR ALLE TOT!?

John Maynard Keynes – Ideen zu seiner
Zeit und Wiedergeburt heute

Auf lange Sicht sind wir alle tot!?

Als Rezept gegen die **Weltwirtschaftskrise**, die 1929 begann, hatten die Klassiker und Neoklassiker magere Antworten bereit: Der Staat sollte sparen und sich auf jeden Fall davor hüten, Wachstum und Beschäftigung künstlich anzukurbeln, denn derartige öffentliche Ausgaben könnten zu einem Loch in den Staatsbudgets führen. Logisch gesehen sei eine „unfreiwillige“ Arbeitslosigkeit gar nicht möglich. Durch den sich selbst regulierenden Arbeitsmarkt könnten Arbeitskräfte nur „freiwillig“ ohne Arbeit sein: Denn zum Lohn, der auf dem Markt bezahlt wird, findet **jeder** Arbeit. Durch das erhöhte Angebot an Arbeitskräften kommt es zu einer entsprechenden Lohnsenkung – und die geht immer weiter, so lange, bis **alle** Arbeitssuchenden einen Posten gefunden haben.

Und nach dem so genannten **Say'schen Theorem**, benannt nach **Jean Baptiste Say**, einem französischen Klassiker aus der Zeit Napoleons, schafft „sich jedes **Angebot die Nachfrage von selbst**“. Wann immer man ein Güterangebot schafft, könne es dabei unmöglich zu einem Überangebot und einer Absatzkrise kommen, denn mit der Produktion von Gütern entstünde auch das Geld (= Einkommen der Arbeiter), das für den Kauf der Güter erforderlich sei. Das würde bedeuten, dass sich **jede** Produktion von Waren ihre kaufkräftige Nachfrage von selbst schafft. Gesamtwirtschaftliches Angebot und Nachfrage haben danach die Tendenz zu einem Gleichgewichtszustand, durch den Vollbeschäftigung erreicht wird.

Bereits hier setzte Keynes an, indem er feststellte, dass die Menschen immer einen Teil ihres Vermögens liquide in ihren Kassen zurückhalten, teilweise aus Vorsicht für künftige Zahlungen, teilweise, um zu sparen oder zu spekulieren. Wird diese „**Liquiditätspräferenz**“ aus Angst um die Zukunft zu groß, weil Geld gespart wird, gehen die Nachfrage und damit der Konsum drastisch zurück und die Investitionen der Unternehmer fallen aus. Dadurch, dass in der Folge die gesamte Nachfrage geringer als das Angebot ist, entsteht Arbeitslosigkeit. Damit schlittert die Wirtschaft geradewegs in eine Krise – und sie erholt sich daraus von selbst auch nicht wieder, solange nicht der Staat als **Ersatzinvestor** für die ausbleibenden Investitionen der Unternehmer einspringt.

Dazu Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ 1936: „Ökonomen machen es sich zu leicht, wenn sie uns in stürmischen Zeiten nicht mehr zu erzählen haben, als dass der Ozean wieder ruhig ist, wenn sich der Sturm gelegt hat ...“, denn „langfristig sind wir alle tot.“

Und wahrlich: Stürmisch waren die damaligen Zeiten allemal, denn die Krise hatte als Börsenkrise begonnen: In den USA herrschte ab 1925 ein tollkühner Optimismus, der zu Spekulationen führte, die durch hohe Kreditaufnahmen finanziert wurden und Rekordumsätze in der Wall Street bewirkten. Eine kurze Abschwächung der Umsätze führte dann im Herbst 1929 („**Schwarzer Freitag**“, 24. Oktober) zur Massenhysterie: Jeder verkaufte, um sein Vermögen noch zu retten. Tausende gingen zugrunde und in der Folge ging auch die Industrieproduktion zurück. Da die Länder über die damalige Golddeckung der Währungen in enger Verbindung standen, traten Bankencrashes und Massenarbeitslosigkeit nicht nur in den USA auf, sondern bald auch in Europa. Und weil die Staaten (siehe oben) meistens falsch reagierten, hielt der Zustand fast überall an.

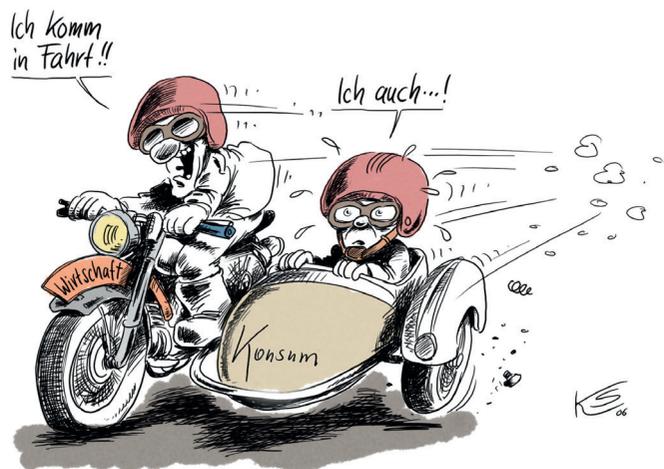
Welche neuen Antworten gab Keynes nun auf die Fragen, die im Zuge der Weltwirtschaftskrise alle bewegten? Immerhin wurde Keynes durch diese Antworten und Rezepte bereits damals ein Ökonom von Weltruhm: Die Ereignisse zeigten auf jeden Fall, dass die Millionen Menschen (Deutschland 6 Mio., USA 12 Mio.), die damals auf der Straße standen, dies nicht „freiwillig“ taten, wie die (neo-)klassische Ökonomie behauptet hatte, und dass die Wirtschaft auch nicht mehr selbstständig zum Gleichgewicht zurückfand.

In einer Theorie vom **Unterbeschäftigungsgleichgewicht** vertrat Keynes im Gegensatz zum Optimismus der Klassiker die Ansicht, dass sich im kapitalistischen System ein Gleichgewicht auch auf dem Niveau der Unterbeschäftigung einstellen könnte, aus dem weder die Produzenten noch die Arbeitslosen die Möglichkeit sehen, auszubrechen:

Der Produzent wird keinen Output produzieren, nach dem noch keine Nachfrage besteht; der Konsument wird kein Einkommen ausgeben, das er gar nicht hat, weil er ja arbeitslos ist oder ihm die Arbeitslosigkeit droht (er wird daher schon aus Ängstlichkeit eher sparen als konsumieren). Ein Ausbruch aus diesem **Teufelskreis der Unterbeschäftigung** sei daher nur mit Hilfe des Staates möglich.

Zusätzlich käme den **Erwartungen der Wirtschaftstreibenden** eine immense Bedeutung zu: Seien diese optimistisch, dann würden die entsprechenden Investitionen vorgenommen werden (die also nicht allein von der Höhe der Kreditzinsen abhängen) und die entsprechenden Beschäftigungseffekte eintreten. Daher haben für eine funktionierende Volkswirtschaft die **Investitionen** der Unternehmer eine zentrale Bedeutung, weil durch sie die gesamte Nachfrage und damit die Beschäftigung gesteigert werden könne.

Steigt nämlich vor allem auch die Nachfrage nach Investitionsgütern (z. B. Maschinen), führt das zu einer höheren Produktion, mehr Arbeit und mehr Einkommen. Damit steigen wieder die Konsumausgaben. Höherer Konsum kurbelt wiederum die Nachfrage nach Gütern und Investitionen an, dadurch steigen wieder die Produktion, die Investitionen und die Einkommen. Diesen Effekt, dass aus einem von außen kommenden Impuls, nämlich einer Großinvestition, ein Mehrfaches an Wirkung entsteht, bezeichnet Keynes als **Multiplikator**. Und es sei vor allem der Staat, der in einer Krise diese Multiplikatorwirkungen hervorrufen könne, wenn er als **Ersatzinvestor** für die Unternehmen einspringe. Um auf diese Art die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, könne er Kredite aufnehmen, um z. B. Großbauvorhaben zu finanzieren. Die Defizite, die der Staat auf diese Art im Konjunkturabschwung in Kauf nehme, könne er dann, wenn wieder ein Aufschwung stattfindet, ausgleichen, d. h. die Kredite zurückzahlen (vor allem, weil dann auch die Steuern und andere Staatseinnahmen wieder reichlicher fließen).



Zunächst bedeuteten diese Rezepte in den 1930er Jahren aber: Der Staat musste sich Geld ausborgen, um Investitionen in Gang zu setzen. Eine solche Maßnahme bezeichnet man als „**deficit spending**“.

Abgesehen von derartigen Notmaßnahmen (wenn die Wirtschaft aus dem Lot geraten war) sollte die gesamte staatliche Ausgabenpolitik an der jeweiligen Wirtschaftslage orientiert sein: Bei schlechter Lage sollten die Budgetausgaben hoch sein, um die Wirtschaft anzukurbeln, bei guter Wirtschaftslage sollten sie geringer sein, um Rücklagen zu bilden (**antizyklische Budgetpolitik** oder antizyklische Konjunkturpolitik).

Gerade letzteres ist jedoch sehr schwer: einer Regierung in einem demokratischen Staatswesen, die auch wiedergewählt werden möchte, klar zu machen, dass sie sparen müsse. Denn sie will Erfolge vorweisen können! Hier hat der Nationalökonom Schumpeter den bemerkenswerten Satz geprägt: „... von einem Staat zu verlangen zu sparen, wäre gleichbedeutend von einem Hund zu verlangen, dass er sich einen Wurstvorrat anlegt ...“

Das erklärt jedenfalls, weshalb im Zuge keynesianischer Wirtschaftspolitik überall die Staatsdefizite zunahmen.

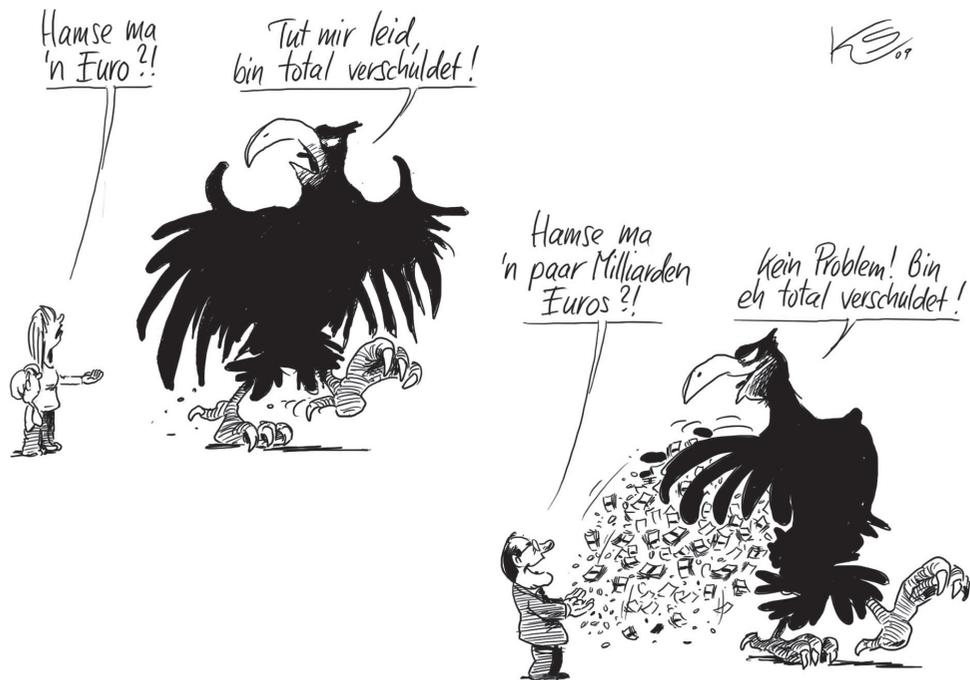
Zusätzlich sollten durch **Umverteilung** auch bei einkommensschwachen Bevölkerungsschichten die Nachfragemöglichkeiten gestärkt werden. Möglichst alle **Ersparnisse** sollten den **Investitionen** zugeführt werden (durch Zinssenkungen und positive Erwartungen)

Keynes' Ansichten wurden sehr bald zur herrschenden Lehrmeinung und die in der Praxis unternommene Arbeitsbeschaffung, der „New Deal“ des amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt, aber auch die bewusst auf einen zukünftigen Krieg hinzielenden Maßnahmen Adolf Hitlers beseitigten dann tatsächlich die Massenarbeitslosigkeit.

Während nach dem Zweiten Weltkrieg viele Lehren von Keynes weiterentwickelt wurden (**Keynesianismus** – er erreichte in den 1960er Jahren seinen Höhepunkt), gab es in späterer Zeit Kritiken an seinen Theorien und Rezepten: Ihnen folgend schuf er kein allgemeines System der Volkswirtschaftslehre, das **allen** wirtschaftlichen Bedingungen gerecht wird, sondern ging bei sämtlichen Betrachtungen von der Krisenangst der 1930er Jahre aus. Durch die Forderung nach ständiger Nachfragesteuerung und Vollbeschäftigung wurde damit die Gefahr der **Inflation vernachlässigt**. Außerdem kann – wie schon oben bemerkt wurde – nicht übersehen werden, dass gerade seine Lehre dem Streben der Politiker nach ständiger **Steigerung der Staatsausgaben** entgegengekommen ist. Denn in der Praxis wurde – in der Sorge um Wiederwahl – von den Politikern schon bei geringsten wirtschaftlichen Rückschlägen „deficit spending“ unternommen, obwohl Keynes diese Maßnahme nur für die absolute Krise empfahl. Zweifellos hat diese Praxis aber dazu beigetragen, dass viele Staaten bis heute hoch verschuldet sind.

Gerade in Österreich blieb der Einfluss Keynes' besonders groß (**Austrokeynesianismus**). Bestimmend dafür war vor allem, dass in Österreich die Beeinflussung der Preis- und Lohnbildung durch die **Sozialpartnerschaft** (siehe Kapitel 4) befriedigend funktionierte und dadurch das Inflationsproblem entschärft wurde. Zudem wurde bei uns auf die Förderung der Investitionen stets Wert gelegt. So wurde besonders in den Jahren 1970 bis 1983, während der Regierung Kreisky, kräftig „deficit spending“ betrieben.

Auch heute wird der (**Post**)keynesianismus in Teilen praktiziert: Besonders in jenen EU-Mitgliedstaaten mit sozialdemokratischer Regierung wird versucht, das Problem der Arbeitslosigkeit auf diese Weise in den Griff zu bekommen. Arbeitsplätze sollen durch staatliche Investitionen geschaffen werden – auch um den Preis einer höheren Staatsverschuldung, die ja für die Euro-Länder begrenzt ist.



In einem „**dritten Weg**“ bekennen sich die Länder aber auch zu Steuersenkungen und einer unternehmerfreundlichen Politik. Einen ähnlichen Weg beschritten Deutschland und Österreich seit den Nachkriegsjahren mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ (Näheres s. Seite 26): Hier greift der Staat zum Schutz der sozial Schwächeren in jene Märkte ein, in denen es, überließe man sie vollkommen der Selbstregulierung, relativ hart zugehen würde.

Warum wenden gerade sozialdemokratische Regierungen die Theorien von Keynes (der kein Sozialist war) an? Weil ihr Ziel zumeist die Vollbeschäftigung ist und dieses Ziel durch Steigerung der Nachfrage erreicht wird, sich also mit dem Keynesianismus deckt.

So wurde auch im Zuge der Krise 2008 von den Regierungen aller wichtigen Länder eine Reihe von „Konjunkturpaketen“ zur Ankurbelung der Wirtschaft aufgestellt (mit der Folge einer Vergrößerung des Schuldenberges). Und auch die USA betrieben schon – von Roosevelt bis heute – immer wieder staatliche Ausgabenpolitik im Sinne von Keynes.

Der Keynesianismus als **Gesamtrichtung** kam aber Ende der 1970er Jahre vorläufig außer Mode, als in einigen Staaten nicht nur die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen war, sondern auch die Inflation (**Stagflation**, siehe Kapitel 4). Er wurde abgelöst vom Monetarismus Milton Friedmans (siehe Kapitel 4) und anderen Ideen. Erst heute wird das keynesianische Gedankengut wieder modern.

Keynes selbst starb 1946 und der letzte Satz dieses berühmten Mannes, der auch den Genüssen des Lebens nicht abgeneigt war, soll gelautet haben: „ ... ich hätte mehr Champagner trinken sollen.“